

DGB-Aktivitäten zum NDR

Die „Herstellung von Meinungsvielfalt“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg brachte den Stein ins Rollen. Er kündigte den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR), der zwischen den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein bestand. Er ärgerte sich über die „Linken“ im NDR und wollte deshalb die seiner Meinung nach bestehende mangelnde Programmausgewogenheit, die Vernachlässigung regionaler Belange und die Finanzkrise beseitigen. Die beabsichtigte Aufhebung des NDR-Sendemonopols klang noch wenig gefährlich - trotz ihrer beträchtlichen Konsequenz für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem.

Dann schlug der „Kracher“ ein. Plötzlich hatte die NDR-Kontroverse eine Dimension, „die fast so groß ist wie Gorleben“ (Originaltext Albrecht). Niedersachsen-Albrecht, der sich monatelang in Schweigen hüllte, gab der Entwicklung eine dramatische Wende: Frequenzen und Kanäle des NDR sollen in Niedersachsen gekappt werden, damit private Rundfunkveranstalter und ein Landessender Niedersachsen installiert werden können. Ein kaum lebensfähiger amputierter Rumpf-NDR in öffentlich-rechtlicher Form bliebe übrig. Dieses bedeutet eine ernste Gefährdung der ARD. Das gesamte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in der Bundesrepublik wird erschüttert.

Die Plünderung des NDR zugunsten von privaten Veranstaltern erfolgt unter dem Stichwort „Herstellung von Meinungsvielfalt“ und „Wettbewerb“. Gemeint ist jedoch die Kommerzialisierung, um kritische Programme zu neutralisieren. Mit solch einer Brutalität und Arroganz wie vom niedersächsischen Ministerpräsidenten ist bisher von keinem verantwortlichen Politiker die Existenz eines Senders und des gesamten bewährten Rundfunksystem in Frage gestellt worden. Vor diesem Hintergrund haben die DGB-Landesbezirke Nordmark und Niedersachsen zahlreiche Aktionen gestartet.

Am 7. September 1979 fiel in Kiel und Hannover der Startschuß zu einer großen Unterschriftenaktion. Mit dieser Unterschriftenaktion soll den drei beteiligten Landesregierungen und den Landesparlamenten, die letztlich über einen Staatsvertrag bzw. die Rundfunkgesetze zu entscheiden haben, gezeigt werden, daß viele Bürger und Arbeitnehmer mit der bisherigen Rundfunkpolitik nicht einverstanden sind. Es ist an der Zeit, daß die Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer ihre Meinung sagen. Diese Unterschriftenaktion - die größte Norddeutschlands - wird von Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten, Kreis- und Ortsvorständen getragen.

Chronologie der DGB-Aktivitäten

Der Kündigung des NDR-Staatsvertrags durch die schleswig-holsteinische Landesregierung ging eine längere öffentliche Diskussion voraus. Der DGB-Landesbezirk Nordmark schaltete sich mit dem Ziel ein, die Diskussion zu versachlichen und die Landesregierungen zu einer Reform des NDR ohne Kündigung des Staatsvertrags zu bewegen. Der NDR sollte nicht zum politischen Spielball der Regierung und der Politiker werden. In Presseerklärungen und direkten Gesprächen mit vielen Politikern wurde die DGB-Auffassung vertreten.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte sich jedoch mit ihrer Kündigungsabsicht zu weit aus dem Fenster gelehnt, als daß sie ohne Gesichtsverlust einen Rückzieher hätte machen können. Im Juni 1978 wurde die Kündigung ausgesprochen. Der DGB-Landesbezirk verurteilte sie entschieden. Etliche Delegiertenversammlungen, Bezirksvorstände der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sowie DGB-Kreise protestierten gleichfalls.

Die erste Flugblattaktion der DGB-Landesbezirke Nordmark und Niedersachsen wurde geplant. Im Juni 1978 wurden über 100 000 Flugblätter verteilt. Wenn die Politiker sich in sachlichen Gesprächen nicht überzeugen lassen, sich Argumenten der Arbeitnehmerschaft verschließen, muß öffentlicher Druck mobilisiert werden.

Der DGB-Landesbezirksvorstand verabschiedete nach der Staatsvertragskündigung „Grundsätze und Forderungen für die Neugestaltung des NDR“. In einer Pressekonferenz in Kiel wurden sie der Öffentlichkeit vorgestellt. Durch die rücksichtslose Medienpolitik des niedersächsischen Ministerpräsidenten haben diese Vorschläge allerdings ihre Bedeutung verloren.

Die nächste gewerkschaftliche Aktionsphase war der Information unserer Funktionsträger, unserer Multiplikatoren, gewidmet. DGB-Kollegen und RFFU-Kollegen sprachen in Kreisdelegiertenversammlungen, Ortskartellveranstaltungen, Gewerkschaftstagungen jeglicher Art. Diese Informationsphase ist von entscheidender Bedeutung. Wer weiß schon so ohne weiteres, welche Bedeutung das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem hat? Wer kennt sich mit den neuen Medien aus? Wer durchschaut ohne Information das Gaukelspiel der Behauptung von mehr Freiheit durch private Rundfunkveranstalter? Wer sollte diese Information leisten, wenn nicht der DGB? Denn Rundfunk und Fernsehen haben eine schlechte Presse. Das Verlegerinteresse bestimmt den Kurs der Zeitungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Nach der internen Informationsphase ging's raus auf die Straße. In schleswig-holsteinischen Städten informierten die DGB-Kreise mit Unterstützung der RFFU-Kollegen die Bürger. Drei Flugblätter - „DGB für NDR“, „Neue Medien: Die totale Information“, „Keine Alternative zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ — in jeweils 100 000 Auflage wurden verteilt. Information der Öffentlichkeit war Trumpf. Das Echo der Bürger an den Info-Ständen war für uns durchweg positiv.

Aber alle diese Aktionen und Kampagnen haben offensichtlich den zu allem wild entschlossenen Niedersachsen nicht zur Einsicht bewegen können. Deshalb läuft jetzt die Unterschriftenaktion der Landesbezirke Nordmark und Niedersachsen. Für Ende Oktober 1979 planen beide DGB-Bezirke eine gemeinsame außerordentliche Landesbezirkskonferenz in Hannover.

Dieter Heering, Landesbezirk Nordmark des DGB